

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform

Protokoll

8. Sitzung (nicht öffentlich)

27. Oktober 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 Uhr bis 11.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schmidt (Wetter) (SPD)

Stenograf: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Verwaltungsstrukturreform aus der Sicht der Kunden

Anhörung von Sachverständigen gemäß § 32 GO LT

(Das Wortprotokoll ist der Anlage zu entnehmen.)

Teilnehmer/-in	Institution	Zuschrift	Seite
Hauptgeschäftsführer Crone-Erdmann	Vereinigung der Industrie- und Handelkammern in Nordrhein- Westfalen	11/2904	2
Vizepräsident Döring	Architektenkammer Nordrhein- Westfalen	11/2963	5
Assessor Barkey	Westdeutsche Handwerkskam- mertag	11/2930	8
Dr. Linzbach	Arbeitsgemeinschaft der Spit- zenverbände der Freien Wohl- fahrtspflege des Landes Nord- rhein-Westfalen	11/2891	13
Landesgeschäftsführer Boeckhaus	Bund der Steuerzahler, Landes- verband NW		15

*(Hinweis: Die Seitenzahlen beziehen sich auf die dem
Protokoll beigefügte Anlage.)*

Den Statements schließt sich eine Diskussion an (Seite 20 ff.).

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
8. Sitzung

27.10.1993
es-lg

Seite

2 Haushaltsgesetz 1994

1

Einzelplan 12 Finanzminister

Kapitel 12 010

Titelgruppe 60 - Arbeitsstab Aufgabenkritik

Titel 526 60 - Untersuchungen (Gutachten) zu
organisationswissenschaftlichen Fragen

Der Ausschuß will zu diesem Tagesordnungspunkt am 24.
November 1993 abschließend entscheiden.

3 Aufbau der Landesregierung

3

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6060

Vorlage 11/2328

Zuschrift 11/2870

Information 11/523

(Hinweis: siehe auch Plenarprotokoll 11/108, Seiten 13627 C bis 13640 D)

Der Ausschuß berät den Antrag ausführlich und will
darüber am 1. Dezember 1993 endgültig befinden.

**4 Einsetzung einer Projektgruppe
des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform**

Dieser Tagesordnungspunkt wird nicht behandelt.

5 Ländervergleich "Verwaltungsreformen"

Aufarbeitung der vom Ausschußsekretariat vorgelegten
Zusammenstellung

Nach dem inzwischen vorliegenden Ländervergleich "Verwaltungsstrukturreform" kommt der Ausschuß überein, eine Vorlage für eine etwa zweitägige Informationsreise, die von den Obleuten begrüßt wird, nach Baden-Württemberg, Bayern und in die Niederlande durch das Ausschußsekretariat erarbeiten zu lassen. Über Einzelheiten will man sich im Kreis der Obleute noch abstimmen.

Aus der Diskussion

Zu **Tagesordnungspunkt 1** siehe Beschlußprotokoll und Anlage.

In einer kurzen Unterbrechung nach Tagesordnungspunkt 1 kommt der **Ausschuß** überein, Punkt 4 von der Tagesordnung zu nehmen. Er beabsichtigt das Thema auf der nächsten Sitzung abschließend zu behandeln.

2 Haushaltsgesetz 1994

Einzelplan 12 Finanzminister

Kapitel 12 010

Titelgruppe 60 - Arbeitsstab Aufgabenkritik

Titel 526 60 - Untersuchungen (Gutachten) zu organisationswissenschaftlichen Fragen

Die in Kapitel 12 010 unter Titel 526 60 aufgeführten Mittel zu Gutachtenvergabe seitens des Arbeitsstabs Aufgabenkritik sollen nach dem Vorschlag des **Vorsitzenden Schmidt** erhöht werden. Über den erhöhten Betrag solle dann die **Präsidentin** des Landtags entscheiden, so daß der Landtag auf Beschluß des Ausschusses eigene Aufträge erteilen könne. Er gehe davon aus, daß das Forderung des Ausschusses werden könnte.

Abgeordneter Paus (CDU) will wissen, ob die haushaltstechnische Konstruktion sicherstelle, daß der Landtag die Herrschaft über die Mittel bekomme und deren Verwendung auch mit Herrn Kalenberg koordiniert werden könne.

MDgt Kalenberg (AStA/FM) entgegnet, es sei sichergestellt, daß der Landtag jederzeit und kein anderer über das Geld verfüge und er, Kalenberg, lediglich die Bewirtschaftung habe. Sollten die Mittel für den Landtag nicht ausreichen, könnte er

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
8. Sitzung

27.10.1993
es-lg

mit den für seinen Arbeitsstab eingesetzten Mitteln aushelfen, so daß nicht auf Überplanmäßigkeit zurückgegriffen werden müßte.

Abgeordneter Frechen (SPD) teilt mit, daß dieser Punkt in seiner Fraktion noch nicht abschließend behandelt worden sei; in Vorüberlegungen werde die Mitteleinsetzung unterschiedlich betrachtet. Insofern bitte er darum, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu vertiefen.

Vorsitzender Schmidt bemerkt, wie abgesprochen sollte heute nur ein erster Durchgang gemacht werden; am 24. November sei dann die endgültige Entscheidung vorgesehen.

Abgeordneter Appel (GRÜNE) signalisiert für seine Fraktion Befremden darüber, daß die Mittel beim Finanzminister und nicht direkt im Einzelplan 01 - Landtag - etatisiert würden. Man habe insoweit noch Beratungsbedarf.

Abgeordneter Paus (CDU) stellt für seine Fraktion fest, daß die Frage, wo die Mittel etatisiert würden, sekundär sei, sofern sichergestellt werde, daß der Landtag darüber jeder Zeit verfügen könne, eventuell sogar auch, wie von Herrn Kalenberg angedeutet, mit ein wenig Spielraum nach oben. Insofern appelliere er an die SPD-Fraktion, dafür einzutreten, daß das Geld dem Ausschuß zur Verfügung gestellt werde, da dieser für seine Tätigkeit die Zuarbeit von außen benötige.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.) ist, wenn dem keine haushaltsrechtlichen Bedenken begegnen, ebenfalls mit dem Vorschlag einverstanden, daß der Betrag beim Finanzminister etatisiert werde und der Ausschuß sich die Verfügungsgewalt über Art und Vergabe der Gutachten vorbehalte.

Er zeigt sich verwundert über die Haltung des Abgeordneten Appel (GRÜNE), da nach seinem Eindruck Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) in der Obleutebesprechung die vom Vorsitzenden gekennzeichnete Position ebenfalls eingenommen habe.

Abgeordneter Frechen (SPD) ist überzeugt, daß der kw-Vermerk der Leiterstelle des Arbeitsstabs Aufgabenkritik übereinstimmend mit der Auffassung im Kabinett und mit

dem Ergebnis der Besprechungen zwischen den Fraktionsvorsitzenden aufgehoben werde. Er erwarte hierzu eine Initiative seitens der Landesregierung beziehungsweise Anträge der Fraktionen.

3 Aufbau der Landesregierung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6060

Vorlage 11/2328
Zuschrift 11/2870
Information 11/523

(Hinweis: siehe auch Plenarprotokoll 11/108, Seiten 13627 C bis 13640 D)

Vorsitzender Schmidt leitet ein, der Antrag sei in der Plenarsitzung am 7. Oktober federführend an den AVSR - federführend - und an den Ausschuß für Innere Verwaltung - mitberatend - überwiesen worden. Er gehe davon aus, daß der Ausschuß in seiner Sitzung am 1. Dezember unter Einbeziehung der Empfehlung des mitberatenden Ausschusses zu einer endgültigen Entscheidung komme. Für heute sei ein erster Beratungsdurchgang vorgesehen.

Abgeordneter Frechen (SPD) entschuldigt vorab den erkrankten Sprecher, Abgeordneten Pflug, und verweist zunächst auf die Ausführungen zu dem Thema in der letzten Sitzung des Ausschusses - Ausschußprotokoll 11/991 - sowie die Darstellung der SPD-Fraktion im Plenum vom 07.10.1993, Seite 13627 ff. Er streicht heraus, daß man sich in seiner Fraktion dazu durchgerungen habe, zuerst eine Leitlinie - so sei der Antrag zu verstehen - zu erstellen, auf deren Basis die künftige Diskussion in diesem Ausschuß geführt werden sollte.

Nach langer Diskussion habe sich die SPD-Fraktion dazu entschieden, zwischen der obersten Ebene, den Ministerien, und den Kommunen eine Mittelinstanz mit Bündlungsfunktion - wie immer diese heißen möge - beizubehalten.

Die Behörde "Regierungspräsident" sei insofern sehr intensiv daraufhin zu untersuchen, ob die Aufgaben, die sie heute bereits wahrnehme, auch in Zukunft ihr